

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Gutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge zc. sind
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3,- M. Expedition und Druck von
Joh. van Nden in Krefeld, Buth. Str. 65
3233333 Fernsprech-Nr. 1358.

Nr. 33. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 15. August 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

An die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Arbeitskollegen und Kolleginnen!

Die in Zürich versammelten Vertreter der christlichen Gewerkschaften der verschiedenen Nationen richten an Euch die Aufforderung, den Gewerkschaftsorganisationen Eurer Länder beizutreten, dieselben zu fördern und zu unterstützen, welche sich zum Ziele gesetzt haben:

- 1) Die Verhältnisse der Lohnarbeiter in bezug auf Lohn- und Arbeitszeit, persönliche Achtung und Schutz der Gesundheit zu bessern, zu schütten und zu sichern;
- 2) diese Aufgaben zu verfolgen auf dem Boden der staatlichen Ordnung und alle Mittel und Bestrebungen auszuschließen, welche die religiösen und politischen Anschauungen ihrer Mitglieder zu wagen geeignet sind;
- 3) als Mittel zur Durchführung dieser Aufgaben die friedliche Einwirkung auf die Arbeitgeber und, wenn diese fruchtlos ist, die Arbeitsverweigerung als notwendiges und berechtigtes Kampfmittel betrachten und dabei die Grundsätze der Gerechtigkeit zu beobachten gewillt sind;
- 4) die Gleichberechtigung des Lohnarbeiterstandes in Staat und Gesellschaft, insbesondere im Arbeitsvertrag, mit aller Entschiedenheit zu erstreben, aber das Prinzip des sozialdemokratischen Klassenkampfes verwerfen;
- 5) das Zusammenwirken der christlichen Arbeiter der verschiedenen Konfessionen und politischen Parteien zu diesen Zwecken zu fördern.

Arbeitskollegen und Kolleginnen!

Wir sind durch die eingehenden Beratungen in Zürich in der Ueberzeugung bestärkt worden, daß die soziale Lage unseres Standes in allen Kulturländern in der Regel durch die gleichen Verhältnisse bedingt ist, die in der von der Technik beförderten industriellen Entwicklung und den Auswüchsen der kapitalistischen Wirtschaftsweise ihren Grund haben. Zur Beseitigung der sozialen Mißstände, unter denen die Lohnarbeiter und selbständige Stellung des Lohnarbeiterstandes.

Wir richten deshalb an Euch, christliche Arbeiter und Arbeiterinnen, den lebhaften Appell: Legt Eure Kleinmütigkeit, Eure Vorurteile und Eure Gleichgültigkeit ab! Schließt Euch diesen Gewerkschaften an und werdet opferfreudige und zielbewußte Mitkämpfer für die gerechte Sache der Arbeiter. In der Organisation liegt unsere Kraft und unsere Hoffnung! In diesen Zielen sind die Lohnarbeiter aller Länder solidarisch.

Wir wollen uns die Bruderhand reichen zu einem Schutz- und Trugbündnis im Kampfe für unsere Rechte, für Gott, Familie und Vaterland!

Die Vertreter auf der internationalen Konferenz christlicher Gewerkschaften.

Für Deutschland: Effert-Essen, Vogelung-Essen, Zimbisch-Essen, Behrens-Essen, Nürup-Essen (Bergarbeiter); Schiffer-Düsseldorf, Sittenich-Nachen, Pesh-Krefeld, Camps-Münster, Hermes-M.-Gladbach, Köhling-Strasbourg (Textilarbeiter); Wiedberg-Berlin, Weder-Berlin (Bauarbeiter); Wiedberg-Duisburg, Klotz-Essen (Metallarbeiter); Dauer-München, Sedlmayer-München (Bayerische Eisenbahner); Oswald-München (Hilfs- und Transportarbeiter); Kurtscheid-Köln, Königbauer-München (Holzarbeiter); Cammann-Rees (Tabakarbeiter); Lechner-Köln (Keramarbeiter); Schwarzmann-Köln (Schneider); Kriener-Frankfurt (Webenarbeiter); Jilg-Berlin (Buchdrucker); Schirmer-München (Sattinarbeiter); Schmitz-Düsseldorf (Bäcker); Giesberts-M.-Gladbach, Stegerwald-Köln, Brauer-Köln (Gesamtverband).

Für Oesterreich: Kunzhat-Wien (Gewerkschaftskommission); Spatowsky-Wien (Holzarbeiter); Ulrich-Wien (Tabakarbeiter); Ganat-Wien, Rowari-Wien, Krikawa-Wien (Textilarbeiter); Mado-Wien (Bäcker); Mähler-Dornbirn (Sticker); Fisser-Graz (Gewerkschaftsverein).

Für Belgien: Debruyne-Gent (Allgemeines Gewerkschaftssekretariat); Calenbesh-Gent (Vollsbund); van Dyl-Antwerpen (Schneider); van Dyl-Antwerpen (Schuharbeiter); Claessens-Antwerpen (Buchdrucker); Verbeelen-Mecheln (Holzarbeiter); Pieters-Vandermonde (Textilarbeiter).

Für die Schweiz: Brielmaier-St. Gallen, Lander-Zürich (Gewerkschaftsbund); Eisel-St. Gallen, Greven-Basel (Holzarbeiter); Kern-St. Gallen, Frl. Schriber-Arens, Frl. Lehner-Zürich (Textilarbeiter); Vengener-St. Gallen, Buriel-Winterthur (Metallarbeiter); Wegger-Frauenfeld (Bekleidungsbranche); Bromberger-Schaffhausen (Bäcker); Widmer-Zürich (Gewerkschaftskartell); Knabl-Zürich (Maurer); Spaude-Basel (Buchhändler).

Für Holland: Huisling-Enschede (Internationale Textilarbeitervereinigung); Zielmans-Rotterdam (Bergarbeiter); Berveld-Enschede, Stas-Enschede (Textilarbeiter); Poell-Zilburg, Kamp-Dengels (Textilarbeiter).

Für Schweden: Nilsson-Stockholm, Sjödin-Stockholm.

Für Rußland: Neumann-Lodz (Textilarbeiter).

Für Italien: Colombo-Mailand (Textilarbeiter).

Bekanntmachung der Zentralstelle.

Da die Zahl der Anträge zur Generalversammlung eine sehr große ist, die Anträge selbst zum Teil umfangreich sind, ergab sich die Notwendigkeit, die Anträge in einer Sonderausgabe den Ortsgruppen zuzustellen.

Der Versand dieser Sonderausgabe wird in einigen Tagen stattfinden und wollen die Ortsgruppenvorstände beifolgende Zustellung derselben an die Mitglieder entsprechende Vorbereitungen treffen.

Mit kollegialem Gruß
F. B. C. M. Schiffer.

Internationale Konferenz christlicher Gewerkschaften.

Man könnte geneigt sein, mit Hinblick auf die soeben beendete Konferenz christlicher Gewerkschaften eine Entwicklungsgeographie der christlichen Gewerkschaften zu schreiben. — Als vor nunmehr rund 10 Jahren in unserem Vaterlande der Ruf erscholl, Christliche Arbeiter, organisiert Euch in christlichen Gewerkschaften! da hat wohl kaum einer zu glauben gewagt, daß diese Aufforderung ein viel hunderttausendfaches Echo finden würde in christlichen Arbeiterkreisen. Aber der Erfolg hat die besten Erwartungen übertroffen. Wohl hat es unendlich viel Arbeit und Mühe gekostet, ehe die christliche Gewerkschaftsbewegung die fest zentralisierte, nach innen und außen gut ausgebaute Organisationsform hatte; gewaltig viel Schwierigkeiten waren zu überwinden, ehe aus den nebelhaften Vorstellungen der ersten Zeit das Ziel klar und bestimmt herausgeschält hatte. Jedoch — nun steht da fest, ein herrlich Ganzes, fest und sicher dar! Heute stehen die christlichen Gewerkschaften vor uns wie ein starker, reifer Charakter, der fest und sicher dem klar erkannten Ziele näher geschritten, der Laufende geschossen hat, und der allen Ernstes gesonnen ist, mit starker Hand einzugreifen in das wirtschaftliche Getriebe, um dem Arbeiterstande zwar keine goldene, nie zu verwirklichende Zukunft vorzugaukeln, sondern um ihm eine sichere, gut auskömmliche Existenz zu erringen, die ihm die Teilnahme an den Kulturwerten der Zeit ermöglicht.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist eine Kultur-, eine vaterländische Bewegung in des Wortes echter Bedeutung. Sie reißt den Arbeiter aus dem Sumpfe des geistigen Indifferentismus, macht die geistigen Kräfte im Arbeiterstande für das gesamte Vaterland dienlich; sie erzieht den Arbeiter zu einem wahren Gliede der Gesellschaft, das seine Rechte, aber auch seine Pflichten dieser gegenüber

erkennt hat. Die christl. Gewerkschaft erhält und befestigt im nationalen Arbeiterstande den Glauben, daß in der heutigen Staats- und Gesellschaftsform dennoch eine Besserung seiner gedrückten Lage möglich ist, und sie bewahrt ihn dadurch vor der umstürzlerischen Sozialdemokratie. Darüber ist man sich in sozialistischen Arbeiterkreisen längst klar geworden, daß ihnen kein gefährlicherer Feind entstehen konnte als die christlichen Gewerkschaften. Haben doch mit und durch das Erstarken der letzteren die „freien“ Berufsverbände mehr und mehr von ihrem radikalen Draufgängerwahn abstiegen und eine ruhige Gegenwartspolitik betreiben müssen. Ohne starke christliche Gewerkschaften keine Tarifverträge im heutigen Kampfe! Die stolze Sozialdemokratie, die vor Jahren in der denkbar verächtlichsten Weise über diese „Großmännleinvereine“ die Nase rümpfte, sie sieht heute einen Rivalen heranwachsen, der sie treibt, von ihren nebelhaften Phantomen abzulassen und, wenn auch wider Willen, praktische Arbeit zu leisten. Die von den christlichen Gewerkschaften für Unterstützungen ausgegebenen Riesensummen haben weiten Kreisen von Arbeitern den Blick geklärt, so daß sie zur Erkenntnis kamen: Ja mit ruhiger, sachlicher Arbeit unter Hochhaltung der christl. Grundsätze ist mehr zu erreichen als mit sozialdemokratischem Geschrei. Und die Laufende wurden zu Hundertausenden und fanden ihre wirtschaftliche und sittliche Stütze an der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Erfahrene Führer, ein Stab von Beamten, Tausende von opferfreudigen Vertrauensmännern und eine zielbewußte Gewerkschaftspresse, sie bilden den Kern der christlichen Gewerkschaften.

Aber nicht in Deutschland allein fühlte die christliche Arbeitererschaft den doppelten Druck des gewinnstüchtigen Großkapitals und der freiheitsfeindlichen Sozialdemokratie. Ringsherum regte und rührte es sich; der Same des christlichen Gewerkschaftsgedankens ist auch in anderen Ländern fruchtbar ausgegangen, wenn auch unter dem Einfluß anderer Verhältnisse in anderer Form. Das Großkapital ist international, und die Sozialdemokratie sagt es von sich selbst, daß sie das ist. Warum sollte dann die christliche Arbeitererschaft nicht auch ihren Gesinnungsgenossen über die politischen Grenzen hinweg die Hand zum Bruderbunde reichen. Und wie sehr die christlichen Berufsorganisationen die Notwendigkeit einer Solidarität aller Länder fühlen und erkennen, beweist gleich die erste Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer vom 2.—4. August in Zürich.

Die Anregung zu dieser Konferenz war gegeben vom Gesamtverband christlicher Gewerkschaften Deutschlands. Man ist in Kreisen der letzteren Organisation vielleicht mit gemischten Gefühlen an den Plan herantretend. Was wird es geben? hat sich wohl mancher Frage gestellt. Aber das Bewußtsein der Interessengemeinschaft der christlichen Ver-

bände aller Berufe und aller Länder untereinander war in den führenden Kreisen lebendig. Der Plan ist zur Zufriedenheit aller durchgeführt und erledigt worden. Die Züricher Konferenz wird ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung werden.

Sie waren alle gekommen, um die Hände ineinander zu legen zum Rüttelmur: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr.“ Ja, wahrhaftig, der Vergleich scheint uns nicht unpassend! Wie die Schweizer zusammenkamen aus den verschiedensten Kantonen, um vereint zu überlegen, wie das Land von dem Joche des fremden Herrschers befreit werden könne, so kamen die christlichen Arbeiter aus fast allen Staaten des Kontinents, um in erstem Männerwort zu beraten, wie vor dem Kapitalismus und Sozialismus die christliche Arbeiterschaft geschützt werden könne. Da war der ruhige, ernste blonde Sohn der Nordlandsberge, der Schwede und der dunkle, warmblütige, lebhaft Italiener. Der Oesterreicher und der Schweizer, der Holländer und der Deutsche, der Belgier und selbst der Vertreter des unglücklichen Rußland. Kollege Stegerwald stellte auf der Konferenz fest, daß 67 Delegierte und 21 Gäste, zusammen also 88 Personen vertreten seien.

Der Festabend

vom Sonntag war wirklich eine feierliche Verbrüderung der christlichen Arbeiterschaft des europäischen Kontinents. Das sagen wir in dem Bewußtsein, uns keiner idealen Schwärmerei hinzugeben, zu der wir sicherlich nicht neigen. Die Züricher christlichen Arbeiter hatten eine Ehre dargelegt, der erschienenen internationalen Gesellschaft (natürlich im besten Sinne des Wortes) eine Freude zu machen. Das war ein Begrüßen und Händeschütteln und eine Freude für die Leute, die seit vielen Jahren mitarbeiten, oft voneinander lassen und sich nun persönlich kennen lernten. Nach einem großartig angelegten und fein wiedergegebenen Referat des Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes Wieber-Duisburg, welches die Leiden und Schwierigkeiten und das endliche Erstarken der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands wiedergab, brachten die fremden Gäste die herzlichsten Grüße der christlichen Arbeitskollegen ihrer Heimat. Am lebhaftesten wurde wohl der russische Delegierte empfangen, der in seinen Ausführungen ein Bild von der unglücklichen russischen Polizeivillkür gab und von all den politischen und religiösen Schwierigkeiten sprach, die einer tatkräftigen selbstberubenden Arbeiterbewegung im heiligen Rußland entgegenstehen.

Montags ging an die Arbeit.

Die Eröffnung

der Konferenz wurde vorgenommen von unserem Zentralvorsitzenden Kollegen Schiffer in seiner

Eigenschaft als Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Er erinnerte daran, daß genau vor acht Jahren der Grundstein für eine internationale Zusammenfassung der christlichen Textilarbeiter-Organisationen gelegt worden sei und daß diese Organisation, die heute schon sechs Nationen angehört, auf eine erfreuliche Entwicklung und vor allem auf praktische Erfolge zurückblicken konnte. Im übrigen proklamierte er als Programm der Konferenz: Vermeidung aller schönklingenden Redensarten und dafür praktische nüchterne Arbeit zur Ausbreitung und Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Zur Leitung der Konferenz wurde ein international zusammengesetztes ständiges Bureau, bestehend aus zwei Vorsitzenden und sechs Beisitzern, eingesetzt. Zu Vorsitzenden wurden Schiffer-Düsseldorf und Brielmaier-St. Gallen gewählt. Als Beisitzer fungierten: für Oesterreich Ulrich-Wien, für Belgien Debruyne-Gent, für Holland Berveld-Enschede, für Italien Colombo-Mailand, für Schweden Sjödin-Stockholm, für Rußland Neumann-Lodz.

Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern.

Am ersten Tage berichtete Stegerwald über die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Er hob besonders hervor, daß man in Deutschland die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht als die Arbeiterbewegung schlechthin, sondern als einen Teil der Arbeiterbewegung betrachte. Politisch und konfessionell seien die christlichen Gewerkschaften Deutschlands neutral, werde den Arbeitern nahegelegt, sich auch den konfessionellen Arbeitervereinen anzuschließen, denen die allgemein-raatsbürgerliche Schulung und vor allem die Befriedigung der sittlich-religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder obliegt, während den Gewerkschaften die Beschäftigung mit den Fragen des Arbeitsvertrags, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung zufällt.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung Oesterreichs hat sich, wie Spalowsky-Wien berichtete, in vielen Punkten an das deutsche Muster angeschlossen. Sie hat unter den nationalen Gesetzen schwer zu leiden; so stehen die tschechischen Arbeiter, die eine ziemlich stamme christl. Gewerkschaftsbewegung besitzen, noch immer abseits. Im übrigen macht die Bewegung, die erheblich jünger ist als die deutsche, erfreuliche Fortschritte. Wünschenswert d. S. soll der erste christl. Gewerkschaftskongress stattfinden. Ein von Tirol aus unternommener Versuch, das konfessionelle Moment in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen, wurde glücklicherweise als endgültig gescheitert betrachtet. Ingesamt umfalte die christl. Gewerkschaftsbewegung Oesterreichs und 22000 Mitglieder.

lungen während des Tages; die gleiche prinzipielle Freiheit gilt für die Wahrung des Dienstvertrages, durch Entlassung oder Wahrung des Arbeiters. Solange nun diese Verhältnisse rechtlich bestehen, kann keinem der beiden Teile ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er sein Recht gebraucht, indem er nur solche Vertragsbedingungen einsetzt, die in seinem Interesse liegen, oder das Vertragsverhältnis zu Ende führt, wenn er dabei nicht mehr auf seine Rechnung kommt, und zwar ohne daß er dabei irgend wie die Interessen seines Vertragspartners zu berücksichtigen hätte, was diesem diesem selbst überlassen bleiben muß. So, A auf Seite des Arbeitgebers, wenn ein Arbeiter infolge eines oder mehrerer Umstände, sei es auch Alter oder schlechte Gesundheit, seinen Lohn durch seine Arbeitskraft nicht mehr aufzuwiegen vermag. Und dies gilt nicht nur im gesetzlichen, sondern auch im moralischen Sinne; auch im stillen Vorwurf kann den einen Vertragspartei deshalb noch keineswegs treffen, weil er bloß seine und nicht des Vertragspartners Interessen im Auge behält. Die Annahme eines „ungehörigen ethischen Verweiges“, wie die Verteidigung der Angeklagten will, wodurch das Gegenteil der Wahrheit, wie der Vertreter des Privatklägers mit Recht bemerkt, den Fabrikanten dazu nötigen, seine Fabrik zu einer Versorgungsanstalt für Arbeiter umzugestalten. Wägen sich auch in extremen Fällen mißliche oder Mitleid erregende Folgen für einen Arbeiter ergeben, wie untergeordnet wenn auch Aufgabe der Reugen Weimanns und Tschalch letzterer mit seiner Ehefrau und vier Kindern auf einmal aus der Arbeit beim Privatklägersmord entlassen worden ist, weil er als ein Hauptleiter eines ausgebrochenen Streikes verurteilt wurde, so kann dies an dem Prinzip der freien Vertragsbestimmung nichts ändern, das rechtlich nicht so bare eine geschäftsmäßige Verpflichtung nicht zuläßt. Auf jeden Fall, mindestens, ergibt sich die logische Konsequenz, daß ein Gesetz nicht die Berechtigung eines Vorwurfs anerkennen kann, der, wie es im intimierten Artikel geschieht, die konkrete Ausübung vertraglicher Rechte durch den Privatklägers als etwas Gefährliches, nämlich Unethisches, ihn der Wahrung ausdehnt bezeichnet.

Als Objekt beim Abschluß des Arbeitsvertrages ist nur die Arbeitskraft, auf die Person des Arbeiters braucht keine Rücksicht genommen zu werden. In dem Vertragsabschluß, gegenwärtige Wahrung der Arbeitskraft und des Lohnes, sind die beiden Vertragsobjekte prinzipiell frei. „Ja, ja, es hat was auf sich mit dieser „prinzipiellen“ Freiheit. Wer die im Bereich des Herrn Bian herrschenden tatsächlichen Verhältnisse kennt, dem klingen die obigen Worte wie Hohn. Gerade dort ist der Arbeiter doppelt unfrei. Nicht nur der Erwerb des Unterhalts bildet für ihn beim Vertragsabschluß ein zwingendes Muss, nein, er ist meist auch noch durch ein kleines Eigentum an die Scholle gefesselt. Dem Vertragsabschließenden kann kein Vorwurf gemacht werden, wenn er lediglich seine Interessen wahrzunehmen bestrebt ist. Was hierbei wird dem Arbeiter, dem wirtschaftlich Schwächeren, scheint gleichgültig zu sein. Herr Bian hat es ja — als der wirtschaftlich Stärkere — angeschlossen ausgedrückt verstanden, nach diesen Grundfragen zu handeln. Nach dem in der sozial. Presse erschienenen Bericht über die Gerichtsverhandlung, wurde in letzterer festgestellt, daß im Betrieb des Herrn Bian der Durchschnittslohn nur 23,50 M. betrug in zwölf Arbeitstagen. Wer die dortigen Verhältnisse kennt, wird dies auch glauben. Es soll dem Vertragsgegner selbst überlassen bleiben, sein Interesse wahrzunehmen. Das wollten die Arbeiter auch tun, und zwar auf dem einzig möglichen Wege, durch die Organisation. Doch — was geschah? Ein Arbeiter, der schon 45 Jahre bei Herrn Bian gearbeitet hatte, wurde mit seiner Frau, die 35 Arbeitsjahre im selben Betrieb hinter sich hatte und seinen ebenfalls bei Herrn Bian beschäftigten vier Kindern entlassen, weil man — wie ein Angeklagter der Firma vor Gericht offen bestätigte — hinter ihn den Antikrist einer Lohnbewegung vermutete. Festgestellt wurde ferner, daß Arbeiter, die im vorigen Winter wegen Lohnabzug die Arbeit niederlegten, bei ihrer Wiedereinstellung sich schriftlich verpflichten mußten, nichts mehr gegen die Firma B. zu unternehmen. Allgemein bekannt ist auch, daß Herr Bian ein entschiedener Gegner jeder Gewerkschaftsrichtung ist. Und gerade hier, wo es sich um das fundamentalste Recht des Arbeiters, um das Konstitutionsrecht handelt, versagt bekanntlich die so „außerordentlich weit“ gehende Sozialgesetzgebung dem Arbeiter jeden Schutz.

Wenn es nun auch richtig ist, daß den Arbeitgebern — von den einschrankenden Arbeiterrechtsbestimmungen abgesehen — bis jetzt noch kein Gesetzesparagraf an dieser rücksichtslosen Ausnutzung des Arbeitsvertrages und der Entwertung des Arbeiters hindert, so klagt es andererseits aber doch gerade zu ungeheuerlich, ein solches Vorgehen als moralisch und sittlich gerechtfertigt hinzustellen. Das schlägt nicht nur dem geordneten Volksempfinden, sondern auch der christlichen Moral geradezu ins Gesicht. Ob der Vertreter solcher Ansichten auch die Konsequenzen derselben für unser wirtschaftliches und soziales Leben bedacht hat?

Es beweist dieser Vorgang wieder einmal von neuem, wie sehr es auch in richterlichen Kreisen noch an Verständnis für die Entwicklung unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse mangelt. Das derartige Auffassungen, wie sie in dieser Urteilsbegründung niedergelegt sind, keineswegs das Vertrauen der Arbeiterschaft zu unserer Rechtsprechung zu erhöhen vermögen, ist klar. Um so mehr erwacht für uns die Notwendigkeit, darauf zu drängen, daß das Arbeiterrecht mehr wie bisher als Schöpfung und Gesetzmäßigkeit zur Rechtsprechung gezogen werde.

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen. Grewen.

Maßregelungen. Nachdem in Warendorf die Kündigung der christlich Organisierten am 11. Juli von Seiten der Fabrikanten zurückgezogen war, glaubten wir, daß nun im Künsterlande Ruhe einziehen würde. Aber noch scheinen die Arbeitgeber die Ruhe nicht zu wünschen, weil nicht die Firma G. & S. Schröder A.-G., denn am 18. Juli wurden dort plötzlich unter Vorsitzender Karl Lehmkühl und das Vorstandsmittglied Fränzing unter Ausbezahlung des Lohnes für vierzehn Tage entlassen. Und der Grund? Weil diese beiden gegen den Untermeister Jos. Böhm er vorgehen. Wie ist nun dieses Vorgehen gegen den genannten Untermeister? Am 20. Juni wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß, wenn bis zum 27. Juni in Warendorf die Arbeit nicht ruhe, so angenommen sei, den christlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt würde. Kurz vor einer Versammlung hier in Grewen, die am 21. Juni stattfand, wurde unserm Vorsitzenden die Mitteilung

gemacht, daß ein Untermeister und ein Weber bei der Frau eines Mitgliedes gewesen seien, um diese dahin zu bestimmen, ihren Mann zu veranlassen, aus dem Verbands zu treten. In der genannten Versammlung sagte unser Vorsitzender, es sei ihm berichtet worden, daß ein Untermeister und ein Weber schon eine Hausagitation abgehalten hätten, um Mitglieder aus unserm Verbands herauszulocken. Er könne bis jetzt noch nichts Bestimmtes sagen und insbesondere keine Namen nennen, da er erst nach der Wahrheit der Mitteilung Erkundigungen einziehen müsse; wenn aber diese Mitteilung auf Wahrheit beruhe, so würden die Namen der Agitatoren öffentlich bekannt gegeben werden. Der Kollege Fränzing ist in folgender Weise mit hineingezogen worden. In den Tagen nach der Versammlung wurde derselbe von einem Unorganisierten gefragt, wer denn diese beiden seien, worauf der Kollege Fränzing erwiderte: So viel ihm von anderen (die Namen derselben hat er genannt) gesagt wäre, sollten es der genannte Untermeister und der Weber Viehöfner sein, ob es aber wahr sei, könne er nicht sagen. Dieser Unorganisierte hatte nun nicht eiligeres zu tun, als den Weiden dies mitzuteilen, wodurch sich dieselben ganz gewaltig in ihrer Ehre gekränkt fühlten. Sie ließen denn auch alsbald zum Kabi, um den Vorsitzenden und den Kollegen Fränzing wegen Verleumdung und Beleidigung zu verklagen. Am Montag, den 13. Juli fand nun Sühneterrin statt, worin unser Vorsitzender die beiden fragte, wenn sie nichts damit zu tun hätten, wie sie sich denn dadurch beleidigt fühlen könnten, da er doch keine Namen genannt habe, worauf der Weber Viehöfner erwiderte: Wir wollen auch nichts von dir. Auf die Frage unseres Vorsitzenden, warum sie ihn denn verklagt hätten, antwortete jener: „Wir wollten gerne die Namen wissen“. Diese wurden aber nicht genannt. Der Kollege Fränzing, der nun einmal die Namen genannt hatte, schlug ihnen vor, daß er folgende Erklärung in der nächsten Mitgliederversammlung abgeben wolle: „Die Herren Untermeister Jos. Böhm und der Weber Feinr. Viehöfner haben auf dem Schiedsamt erklärt, daß sie die fragliche Verleumdung nicht gemacht hätten.“ Damit erklärten sich die beiden zufrieden, verlangten aber, daß die Namen, die die Behauptung ausgebreitet hätten, genannt würden. Und dieses heißt die Firma „Vorgehen gegen unsern Meister“. Was können denn wir dafür, daß diese beiden sich beleidigt fühlen? Es gibt ein Sprichwort und das lautet: Wenn der Schuh paßt, der zieht ihn an. Bei der hiesigen Arbeiterschaft kann man es gar nicht glauben, daß dies der eigentliche Grund der Entlassung ist, es wird vielmehr angenommen, daß man der Organisation einen Schlag verfehlen will, umso mehr, als am selben Tage wieder einem Vorstandsmittglied und einem Mitglied gekündigt wurden, angeblich, weil sie „unzufriedene Arbeiter“ seien. Wägen nun die Mitglieder nicht mutlos werden, sondern fest und treu zur Organisation halten, mögen sie aber auch dafür sorgen, daß es in Grewen keine unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen mehr gibt, mögen sie nicht ruhen und rasten, bis der letzte Arbeiter, die letzte Arbeiterin Mitglied ist vom Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Wülheim a. Rh.

Eine zurückgenommene Lohnreduzierung. — Ein patenter Arbeitervertreter. Die Firma Christoph Andreae hatte den Samtwebern eine Lohnreduzierung von 8—15% angeündigt. Durch eine Erhöhung der Lohnzahl sowohl bei ein- wie auch bei zweifelhigen Stühlen, suchte man den Arbeitern die Sache schmerzhafter zu machen. Die Arbeiter glaubten jedoch, an dem bestehenden Tarif festhalten zu müssen. In einer am 20. Juli im Vahnsbräuhaus abgehaltenen Fabrikbesprechung wurde die Angelegenheit nochmals besprochen und der neugewählte Arbeiterausschuß beauftragt, mit der Firma zwecks Zurücknahme der angefügten Lohnreduzierung Rücksprache zu nehmen. Dies ist denn auch gleich am nächsten Tag geschehen. Nach einer längeren Unterredung zwischen dem Ausschuss und dem Direktor hat die Firma die angefügte Lohnreduzierung zurückgenommen. Die tariflich festgelegten Lohnsätze bleiben bestehen.

Die Firma will diese Angelegenheit dem Fabrikantenverbande aber noch unterbreiten und können wir deshalb den Samtwebern am Niederrhein nur raten, die Augen offen zu halten, damit ihnen demnächst keine unangenehmen Ueberraschungen bereitet werden.

Das einmütige Zusammenhalten sämtlicher Weber der Wülheimer Fabrik verdient hier hervorgehoben zu werden. Obgleich sich der Gauleiter des „deutschen“ Verbandes, Steinbrinl aus Düsseldorf, in der oben erwähnten Fabrikbesprechung alle Mühe gab, durch seine unflätigen Schimpereien auf Christentum, Zentrum usw. die Arbeiter gegeneinander aufzuwiegen, blieben die Kollegen beider Verbände einig und protestierten ganz energisch gegen ein derartiges, sicher nicht im Arbeiterinteresse liegendes Vorgehen dieses patenten Arbeiterführers. Vorstandsmittglied der Jahstille des „deutschen“ Verbandes stellten den Antrag, Steinbrinl das Wort zu entziehen und ihn überhaupt nicht mehr sprechen zu lassen. Die Kollegen haben es grandios fast, sich fortwährend ihre Fabrikbesprechungen durch Hineinzerren politischer und religiöser Streitfragen verderben zu lassen und dadurch den Arbeitern den Besuch dieser Versammlungen zu vereiteln. Sie wollen praktische, erfolgreiche Arbeit leisten und deshalb einmütig zusammenstehen. Besonders in einer derartigen erster Situation, wo es gilt, eine Lohnreduzierung zurückzuziehen und deshalb ein Zusammenhalten sämtlicher Arbeiter dringender notwendig ist, sollte man es nicht für möglich halten, daß ein Gewerkschaftsführer in einer Delegiertenversammlung, in Gegenwart einer Anzahl Angehöriger der Firma die Arbeiter gegeneinander aufzuwiegen sucht. Da diesem Herrn jedoch infolge des einmütigen Protestes der Delegierten bei diesem noblen Vorgehen ein Erfolg verjagt blieb, stürzte er sich auf Schläge der Versammlung auf einen Kollegen, der sich die persönlichen Beschimpfungen und Anpöbelungen dieses noblen Herrn nicht ruhig bieten lassen wollte und suchte diesen durch Prügel für die Ideen der Arbeitervertreterung zu gewinnen. Einige ruhige Kollegen wußten es jedoch zu verhindern, daß Herr Steinbrinl in diesem Kampfe seine Vorbeeren holen konnte. Die Mitglieder des deutschen Verbandes waren über die Handlungsweise ihres Gauleiters ganz entrüstet und wollen dafür sorgen, daß sich derartige Vorgänge in späteren Versammlungen nicht wiederholen, denn dadurch werden nicht nur die Arbeiter der betreffenden Fabrik, sondern die ganze Arbeiterbewegung wird dadurch geschädigt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Endenreuth (Oberfranken). In unserer letzten Versammlung war unser Bezirksleiter Müller anwesend. Nach einigen Willkommengrüßen an die Versammelten durch den Vorsitzenden Greim sprach Kollege Müller über Gewerkschaftsbestrebungen. Dem Vortrag folgte reger Beifall. Hoffentlich bringen die Worte gute Früchte. Wie wenig vertraut man hier mit dem Wesen der Gewerkschaftsbewegung ist, mag die Tatsache beweisen, daß einige Heimarbeiter austraten, weil nach ihrer Meinung der Verband in Krankheitsfällen den Mitgliedern auch Arzt und Medizin bezahle müsse. Daß kein Deut übrig bleibe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, wenn wir unsere Krankenunterstützung soweit ausdehnen würden, bedenkten die Kollegen und Kolleginnen nicht. Uebrigens werden demnächst die Heimarbeiter der gefährlichen Krankensicherungsspflicht unterstellt werden, dann haben sie in traurigen Tagen Arzt und Medizin frei.

Forst i. Lausiz. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Wohnung unseres ersten Vorsitzenden nunmehr sich befindet: Fruchtstraße 12, part. Die Kollegen und Kolleginnen mögen diese Aenderung beachten.

Sempertsmühle. Seit der verfloffenen Aussperrung müht sich der Gauleiter des „deutschen“ Verbandes, „Genosse“ Schrader, nach Kräften ab, die hiesige Arbeiterschaft von der Vorzüglichkeit des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes zu überzeugen. Wir würden von der Werbearbeit des Herrn nicht weiter Notiz nehmen (hier löst er keinen Hund damit vom Fleck weg), wenn nicht jetzt versucht würde, durch einen über 100 Zeilen langen Artikel im „Textilarbeiter“ die Arbeiter draußen im Lande irre zu führen. Während der Aussperrung ließ sich Herr Schrader hier überhaupt nicht sehen. Die Mitglieder des „deutschen“ Verbandes wurden durch einen Herrn Böllner aus Kaiserlautern „vertreten“. Dieser erklärte in der öffentlichen Versammlung am 21. Mai, daß auch der „deutsche“ Verband für seine Mitglieder die Klage beim Gewerbegericht einreichen werde. Herr Schrader aber erklärte die vom christlichen Verband eingereichte Klagenlage für eine taktische Unlugigkeit. Herr Schrader meinte, man habe für einige Arbeiter Klagen sollen und, wenn die Firma dann verliere, so werde sie schon ein Einsehen haben und es zu weiteren Klagen nicht kommen lassen. Nun, Herr Schrader, warum haben Sie denn nicht den nach Ihrer Meinung einzig richtigen Weg beschritten? Warum haben Sie denn Ihren „Genossen“ Böllner wortbrüchig werden lassen? Die Klage für Ihre sechs oder sieben Mitglieder wäre doch wohl kaum eine Klagenlage gewesen!

Wenn es der Firma gelungen ist, einen großen Teil der Arbeiter durch ihre Drohungen zur Zurücknahme der Klage zu bewegen, so ist dieses nur dadurch möglich geworden, daß die „Deutschen“ überhaupt auf eine Klage verzichteten und die „Hiesige“, welche zwar breitbeinig verkündeten, „mitum“ zu wollen, die Klageschrift in der Tasche behalten hatten.

Bezüglich der Frage des Dreistufensystems stellt der Artikel des „Textilarbeiters“ die Tatsachen einfach auf den Kopf. Es handelte sich doch nicht darum, ob die Arbeiter drei Nestelstühle annehmen oder ablehnen sollten, sondern die Arbeiter sollten auf Nestelstühlen arbeiten, weil auf den bunten Stühlen keine Bestellungen vorlagen. In dem Bericht des „Textilarbeiters“ heißt es: „Der Arbeiterausschuß hat — fällt nicht um, ihr Leber — gelobt, wer an drei Stühlen arbeiten soll“. Der Bericht verdimmt dabei, daß auch das dem „deutschen“ Verbands angehörende Mitglied des Ausschusses mitgelöst hat.

Es war dieses dasselbe „deutsche“ Ausschussmitglied, welches die Interessen der Firma gegenüber der Arbeiterschaft energisch verteidigte, indem es auf den Vorwand eines Mitgliedes unseres Verbandes, die Firma möge die über das bisherige Maß hinausgehende Buzeit bezahlen, unter der Zustimmung des Herrn Direktors Orth erklärte: „Aber das geht doch nicht“. So vertreten die Mitglieder des „deutschen“ Verbandes die Interessen der — Firma.

Ein anderes Mitglied des „deutschen“ Verbandes suchte sich früher systematisch zu drücken, wenn die „Kommission“ sollte vorstellig werden. In die Enge getrieben, gestand dasselbe denn auch: „Es geht doch nicht, daß die Firma erfährt, daß ich ein Mitglied des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes bin“.

Herr Schrader behauptet, daß unter seiner Leitung die Aussperrung besser beendet worden wäre als unter christlicher Leitung. Auf die Frage, wie man das denn habe machen sollen, meinte Herr Schrader: Es steht zwar in den Statuten des Verbandes, daß die Unorganisierten keine Unterstützung erhalten, aber hier hätte man doch mal eine Ausnahme machen sollen. Man stelle sich vor: von etwa 1100 Arbeitern sind 400 organisiert, von den 400 Organisierten sind über 100 gerade beigetreten, und unter diesen Umständen will Herr Schrader bei dem jetzigen schlechten Geschäftsgange die Aussperrung wochen- oder gar monatelang aufrecht erhalten. Für so trübsicht halten wir nun doch die Leitung des „deutschen“ Verbandes nicht, daß sie 700 Arbeiter unterstütze, die noch keinen Pfennig in den Verband bezahlt haben. Wohl wollen wir es dem Herrn Schrader glauben, daß er den Unorganisierten die Unterstützung versprochen hätte, aber in der letzten Stunde würde schon von Berlin aus... verlegliche Göttingen.

Herr Schrader entdeckte in der Versammlung in Oterbach sein toploses Vorgehen in Göttingen damit, daß er damals noch ein junger, unerfahrener Kollege gewesen sei. Durch seine Ausführungen in Oterbach aber hat Herr Schrader bewiesen, daß er durch und seit Göttingen nichts gelernt hat und daß, wenn es nach ihm gegangen hätte, auch der Arbeiterschaft von Sempertsmühle ein Göttingen wäre bereitet worden.

Neustadt O.-S. Besuchs Besprechung der Delegiertenwahl zur bevorstehenden Verbandsgeneralversammlung sowie zur endgültigen Beratung der von unserer Ortsgruppe an dieselbe zu stellenden Anträge hielten wir am 22. Juli eine Versammlung ab. Dasselbe erreichte sich eines guten Besuchs. Der Vorsitzende Kollege Wehretz ermahnte in längeren Ausführungen die Anwesenden, trotz der gegenwärtigen Krise, treu zu unserer Fahne zu halten und auf der einmal betretenen Bahn mutig vorwärts zu schreiten. Ferner wies er eine, von den Gegnern verbreitete Unwahrheit, welche darauf hinausgeht, Bevorzugung in den Mitgliederkreisen anzudeuten, behebend zurück. Hieran ergreift der unglücklichen einactiöner Bezirksleiter Kollege Müller das Wort

Er behandelte die Notwendigkeit weiterer Reformen innerhalb unseres Verbandes und wies die Mitglieder nebst andern auf die Zweckmäßigkeit von Arbeitslosenunterstützung hin, ohne die unser Verband nicht mehr auskommen könnte.

Kollege Wehretz gab hierauf die Einteilung der Wahlbezirke nebst Wahllokale bekannt. Nachdem man sich über die an die Generalversammlung zu stellenden Anträge geeinigt, wurde die Versammlung geschlossen.

Aus unserer Industrie.

Rückgang der Ausfuhr von Webstoffwaren.

Zu den Geweben, deren Warenumsätze mit dem Auslande durch die diesjährige Erstickung des Absatzes am Weltmarkt sehr ungünstig beeinflusst werden, gehört in erster Reihe das Webstoff-Großgewebe, schreibt die „Köln. Volksztg.“ Die Ausfuhr von Garnen und Fertigzeugnissen ist im ersten Halbjahr bedeutend geringer gewesen, als im gleichem Zeitraum des Jahres 1907. Gerade die wichtigsten Ausfuhrartikel haben erheblichen Rückgang aufzuweisen, der allerdings nicht immer durch ein vollständiges Ausbleiben der Aufträge des Auslandes veranlaßt ist. Vielmehr suchten es die Webstofffabriken, ganz gleich welchen Zweiges, im großen ganzen zu vermeiden, verlustbringende Preisverhandlungen zu machen, wie dies vielfach in anderen Gewerben der Fall war. Besonders die Spinnereien, welche im Inlande immer noch nicht unbedeutenden Bedarf zu befriedigen hatten, äußerten allzu lebhaftes Interesse an der Ausfuhr nicht.

Vor allem hat die Ausfuhr von Baumwolle stark Einschränkung aufzuweisen; wurden doch im ersten Halbjahr nur 237831 Doppelzentner Baumwolle aller Art ausgeführt, gegen 269126 Doppelzentner in der entsprechenden Zeit des Jahres 1907. Die Abnahme stellt sich also auf 13%. Hauptartikel sind es gefärbte, bedruckte, buntgewebte Gewebe, deren Ausfuhr so erheblichen Rückgang erfahren hat Großbritannien, Britisch-Indien, die Türkei und Südamerika schränkten ihre Bezüge wesentlich ein. Nach Großbritannien fanden wir nur 13925 Doppelzentner, gegen 16992 Doppelzentner im vorigen Jahre. Da der Einheitswert eines Doppelzentners auf 463 M. veranschlagt ist, so macht der Ausfuhr nach Großbritannien allein etwa 1,4 Mill. M. aus.

Nicht ganz so stark, wie bei Baumwolle, nahm die Ausfuhr von Wolllwaren ab. Diese betrug im laufenden Jahre nur 137674 Doppelzentner, gegen 148893 im vorigen Jahre; vor allem sind es wollene Kleiderstoffe usw., die im Auslande weniger Absatz fanden. Die Vereinigten Staaten von Amerika, sonst sehr aufnahmefähig für deutsche Wolllwaren, bezogen erheblich geringere Mengen, als im Vorjahr. Auch nach Großbritannien, der Schweiz, Japan und Chile gingen bedeutend weniger Webgewebe, als im Vorjahr. Daneben haben allerdings eine ganze Reihe anderer Länder, wie Desterreich-Ungarn, Rußland und Britisch-Indien ihre Bezüge kräftig gesteigert.

Die Ausfuhr des Seidengroßgewebes hat zwar der Menge nach nicht die Bedeutung der Ausfuhr der Baumwolle- und Wolllwaren; doch ist die dem Werte nach, nicht viel geringer. Gerade das Seidengroßgewebe hat aber unter der diesjährigen Abschwächung am Weltmarkt besonders zu leiden. Nicht allein die Vereinigten Staaten von Amerika, sondern auch andere Länder schränken ihre Bezüge stark ein. So ging die Ausfuhr von ganzseidene Sammet- und Plüschwaren nach Frankreich von 100,48 Doppelzentnern im ersten Halbjahr 1907 auf 37,03 Doppelzentner im laufenden Jahre zurück. Der Rückgang der Ausfuhr nach Frankreich nach dem Werte nach mindestens 0,3 Millionen M. aus. Merkwürdigerweise haben von Sammet- und Plüschwaren gerade Großbritannien und Britisch-Indien erheblich mehr eingeführt, als im Vorjahr. Von Seidenwaren sind dann noch seidene Handtücher, halbbeidene Gewebe, Stidereien und Posamentierwaren zu nennen, deren Ausfuhr starke Einschränkung aufzuweisen hat. Die Ausfuhr von halbbeidene Geweben war im Jahre 1907; der Rückgang entfiel auch hier hauptsächlich auf die Vereinigten Staaten von Amerika, die für rund 3,2 Millionen M. weniger halbbeidene Gewebe von Deutschland bezogen, als im Vorjahr. Bei Großbritannien war der Rückgang nicht entfernt so stark. Seidene Handtücher wurden von beiden Ländern bedeutend weniger gekauft; nach Großbritannien wurden im ersten Halbjahr für etwa 1 Million M., nach den Vereinigten Staaten fast ebensoviel weniger Seidenhandtücher abgesetzt, als im Jahre 1907. Von Seidenstidereien wurden insgesamt nur 433,30 Doppelzentner ausgeführt, gegen 546 im ersten Halbjahr 1907; der Wert dieser Ausfuhr sank von 2,54 Millionen M. auf 1,93 Millionen herab. Hier war es wieder Großbritannien, das den Gesamt rückgang hauptsächlich veranlaßte. Posamentierwaren bezog es etwas mehr als im Jahre 1907; dagegen schränkten hier wieder Amerika und China ihre Bezüge wesentlich ein.

Unter der geringeren Aufnahmefähigkeit am Weltmarkt hat auch der Absatz des Leinen- und Jutegroßgewebes sehr gelitten; die Ausfuhr sank im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahre um 17251 Doppelzentner oder um 27%. Die Abnahme verteilte sich auf ziemlich alle Waren. Hervorzuheben sind rohe Jutegewebe, die besonders starken Rückgang aufweisen.

Wir geben hier die Ausfuhr für die einzelnen Zweige des Webstoff-Großgewebes einschließlich des Bekleidungsgebietes während der ersten Hälfte des Jahres 1907 und 1908 in Doppelzentnern:

	1907	1908
Baumwollwaren	269 126	237 831
Wollwaren	148 893	137 674
Seidenwaren	50 518,15	40 904,73
Leinen- usw. Waren	63 952,74	46 701,45
Kleider, Putzwaren usw.	48 313	44 010

Bei der Kleiderausfuhr war der Rückgang der Menge nach nicht so bedeutend, wie bei den anderen Gruppen; doch ist gerade hier eine ziemlich kräftige Verminderung des Wertes der Ausfuhr eingetreten.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Christlich-nationale Arbeiterbewegung. Die deutsche Arbeiterschaft wird durch den Rückgang der Konjunktur schwer betroffen. Es bestehen ernste Sorgen, daß die Arbeitslosigkeit im Winter beträcht-

werden wird. Das Reichsarbeitsblatt stellt noch unangeführt, daß sich die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes im Verhältnis zum Vorjahr sehr wohl verschlechtert hat; beispielsweise fanden im letzten Juni bei den amtlichen Statistik angezeigten Arbeitsnachweisen rund 204 000 Arbeitnehmende nur rund 103 000 Vermittlungen gegenüber. Beim Berliner Arbeitsnachweis kamen auf 100 offene Stellen im Mai des Jahres 179 Arbeitsuchende.

Es ist darum bedauerlich, daß immer noch solche große Zahl von ausländischen Arbeitern im Deutschen Reich, und zwar zu zwei Dritteln in der Industrie beschäftigt sind. Während in der Landwirtschaft selten ein Ausländer einem Deutschen das Brot wegnehmen wird, geschieht das in Industrie und Bergbau zweifellos in erheblichem Umfange. Im Jahre 1906 fanden im Deutschen Reich 600 000, im Jahre 1907 gar 700 000 ausländische Arbeiter Beschäftigung. Dazu kommt, daß es sich vielfach um minderwertige Ausländer handelt, die die ganze Gegend unsicher machen und selbst, wie die Morbidität der Kroaten in Durbusch zeigt, vor argen Verbrechen nicht zurückschrecken. Damals hatte der Bonner Staatsanwalt die „planlose und skrupellose Einfuhr“ solcher ungebildeten Ausländer als eine fürchtbare Gefahr bezeichnet. Unter solchen Umständen hatte ein Schreiben des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten an den Verein der Tiefbauunternehmer, daß die Zufuhr ausländischer Arbeiter in jeder Weise zu erleichtern zuzufügen, peinliches Aufsehen erregt; es war dort angefügt worden: „Bei den nach dem Wasserstraßengesetz vom 1. April 1905 auszuführenden großen Wasserbauten wird die Heranziehung ausländischer Arbeiter noch besonders erleichtert werden.“ Das hat Veranlassung zu einer großen Versammlung der christlich-nationalen Arbeiterpartei am 6. August in Berlin. Entschuldigend wurde die Versammlung durch den Referenten mitgeteilt worden, daß auf einer am selben Tage abgehaltenen Konferenz im Ministerium der öffentlichen Arbeiten es als Ueberzeugung der Behörde festgestellt worden ist, es sollte seitens der Zentralstelle gesehen, was geschehen kann, damit kein geeigneter deutscher Arbeiter arbeitslos bleibe dadurch, daß ein Ausländer bei den Eisenbahn- und Kanalbauten angestellt werde. Es wird aber notwendig sein, daß die Öffentlichkeit in weit höherem Maße als bisher sich gegen die Masseneinfuhr ausländischer Arbeitskräfte wendet; während deutsche Arbeiter brotlos sind und auf der Landstraße ins Verderben wandern. „Das Reich“ kann auch bereits mitteilen, daß in Baden ein Erlaß des Finanzministers herauskam und sofort in Kraft trat, der bei allen staatlichen Bauten die vorzugsweise Verwendung deutscher Arbeitskräfte sicher stellt. Man kann durchaus ein Empfinden auch für die Not fremder Völker haben und dennoch den Grundhaß aufstellen, daß in Deutschland stets zuerst dem Deutschen Arbeit gebührt.

Es ist etwas ganz anderes, ob man in dem Weltbürgertum den nationalen Gedanken leugnet, oder ob man in umfassendem Maß, nachdem man des eigenen Volkes gedacht, auch ein offenes Auge für die Bedeutung internationaler Beziehungen hat. Die christlichen Gewerkschaften haben einen solchen weiten Blick. Das zeigt der eben hervorgehobene internationale Kongress der christlichen Gewerkschaften in Zürich. Es war dort vertreten: Deutsches Reich, Schweiz, Oesterreich, Rußland, Holland, Belgien, Spanien und Schweden durch insgesamt 65 Delegierte. Der Grundhaß der Internationalität wurde festgestellt und die Errichtung eines internationalen Sekretariats beschlossen, auch für die Verbindung der einzelnen Vereine manches getan. Es mag befremden, daß England nicht vertreten war. Aber dort kennt man keine öde Kirchengemeinschaft in der Arbeiterbewegung; als Schreiber dieser Zeilen im Frühjahr in England weilte, wurde ihm erzählt, daß einer der meist genannten Arbeitervertreter, Herr Hardie, ein radikales Parlamentarier, ein treuer Sonntagsschüler ist. Unter solchen Umständen kann man es verstehen, daß der Gedanke geistlicher christlich-nationaler Gewerkschaften in Großbritannien noch nicht Wurzel geschlagen hat.

Im übrigen ist die deutsche Arbeiterbewegung jetzt so stark, daß sie selbst die von Großbritannien an Zahl der Organisierten überlegen ist. Ende 1907 zählten in Deutschland die sozialistischen Gewerkschaften (gegründet 1868) 1 865 506, die christlichen Gewerkschaften (gegründet 1899) 365 106 Mitglieder, während für die Christlich-Deutschen Gewerkschaften (gegründet 1868) erst die Ziffer für 1906 mit 105 693 Mitgliedern vorliegt. Das ergibt, wenn wir noch den „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ mit 107 668 Mitgliedern hinzurechnen, 2 443 973 organisierte Arbeitnehmer, fast 24 Millionen Seelen.

Was die Zahl der Organisierten immer noch mehr, sind die „schwarzen Listen“, wie sie die Zehntelbesitzer an der Ruhr, die Gutshofbesitzer, die bayrischen Metallindustriellen und andere brauchen, sowie die massenhaften Ausperrungen, durch die z. B. die Bremer Eisenindustrie und die Seehafenarbeiter viele Tausende fleißiger Arbeiter brotlos machen und damit vielfach schweren Entbehrungen aussetzen. Solche Fälle rufen auf das eindringlichste jedem deutschen Arbeitnehmer zu, sich Widerstand zu leisten durch Anknüpfung an eine Gewerkschaft, die nicht auf dem Boden des öden Kapitalismus steht. Reinhard Krumm.

Aus gegnerischen Organisationen.

Unverbänderte Wahrheiten. Die „Einigkeit“, das Organ der freien Vereinigung „deutscher“ Gewerkschaften (Anarcho-Sozialisten) wartet dem sozialdemokratischen Parteivorstand mit einer sehr niedlichen Charakterisierung der „Freiheit“ innerhalb der Sozialdemokratie auf:

Die sozialdemokratische Partei ist in ihrer Diszipliniertheit, daß ein Widerstand einzelner Genossen gegen die Maßnahmen und den Willen der Parteileitung nicht gebildet wird. Nach dem „Sonderrecht“ wird von unseren Anhängern blindes Vertrauen in die Führer und Parteileitung erwartet; darauf beruht die Stärke der Partei. Welche Selbstherrlichkeit, welche heillosen Schwächen liegt in diesem Gedankensystem, das die Parteiführer ihre eigenen autoritären Genossen planvoll zu unerbittlicher Willkür und opportunistischer Gedankenlenkung zwingt! Die Führer sind nicht anders, als für sich und ihre Worte von den Genossen blindes Vertrauen zu fordern. Also Stimmentritt gebietet die Partei. Mit gebotener Stimmkraft will sie die sozialdemokratische Partei in die Zukunft führen. Die sozialdemokratische Partei ist es leider nur um eine höchst unerwünschte politische Macht zu tun:

darum ist sie nur zu oft geneigt, den Genossen unbillige nachteilige Beschuldigungen zu ihren eigenen Gunsten aufzuerlegen. Die Führer allein aber tragen die Schuld daran, daß die Bemühungen des Volkes zur Durchbrechung der Ausbeutung des Kapitalismus bisher erfolglos gewesen sind. Die Mächte der Partei zeigen sich, wie es die zur Herrschaft gekommene Brutalität zu allen Zeiten getan hat, vor allem in Hemmung der persönlichen Entfaltung und im Ueberwachen der Kontrollvorschriften. Die Partei hat die Genossen daran gewöhnt, sagen wie es ungenügt, das Recht überangeordnet aufzuführen, von der Solidarität und den Kulturaufgaben zu schweigen, ohne auch nur den Versuch zu wagen, im Sinne des internationalen revolutionären Sozialismus wirklich zu handeln.“

Kommentar überflüssig!

Ein interessantes Geständnis. In den Sozialistischen Monatsheften, Seit 15 vom 23. Juli 1908, lesen wir in einem Artikel des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers Umbreit (Redakteur am „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission) folgendes:

„Wo wäre ein Land, in dem die Arbeiterklasse einheitlich organisiert und eines Sinnes wäre. Noch liegt diese Einheit für uns in unabwehrbarer Ferne, aber die vorhandenen politischen und religiösen Differenzen ändern nichts an der Stellung der Gewerkschaften dem Unternehmertum gegenüber.“

Bisher konnte man immer lesen, von einzelnen Ausnahmen, daß nur in Deutschland mehrere Gewerkschaftsrichtungen vorhanden seien und zwar durch die Schuld der „christlichen Arbeiterpartei“. In anderen Ländern habe man einheitliche Organisationen. Nun kommt Umbreit her und sagt das Gegenteil. Ferner beschuldigt man uns, wir kämpften nicht mit Entschiedenheit für die Arbeiterinteressen, weil wir „christlich“ wären, oder weil wir im Interesse des Unternehmertums gegründet und tätig seien. Auch hierüber sagt Umbreit das Gegenteil. Das ist natürlich sehr bitter für die Herrschaften, die uns stets verleumdet haben.

Generalstreik — Generalaufruf. Die völlige Beschäftigung, ja direkte Gefährdung des Generalstreiks haben wieder einmal mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit die Vorgänge in der französischen Arbeiterwelt im Anzuge dieses Monats gezeigt. Die Generalstreikidee hat ein völliges Fiasko gemacht. Die große Letzteres gewesen sein muß, kann man wohl am besten daran erkennen, daß ein so radikales sozialdemokratisches Blatt, wie die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 179), resigniert heute geschrieben, daß der Generalstreik verloren gegangen sei. „Nach den nunmehr vorliegenden Meldungen aus Paris ist es nicht zu befechten.“ So schreibt das Blatt, daß der Generalstreik vom 3. August in Paris, der die Antwort der Arbeiterpartei auf die Arbeitermorde von Villeneuve sein sollte, nicht den notwendigen Eindruck gemacht hat und nicht die Gefährdung anwies, ohne die derartige Demonstrationen eher schaden als nützen. Der Straßenverkehr und die Haltung der Passanten war die alltägliche, und nur der aufmerksame Beobachter konnte eine gewisse Veränderung im gewöhnlichen Aussehen aller Stadtteile konstatieren. Neben der Diktatur des Geldes, die die Regierung verhängt, tritt die Diktatur des Hungers, die die Unternehmer betreiben: man plant eine große Massenauflösung.“ Trotz dieses jämmerlichen Fiaskos der Generalstreikidee hören die radikalsocialdemokratischen Kreise nicht auf, mit derselben weiter zu hantieren und den Generalstreik dem „Proletariat“ als ein entscheidendes Mittel, „gegebenenfalls“, wie es in der Resolution zum politischen Massenstreik auf dem Jenaer sozialdemokratischen Parteitag vom Jahre 1905 heißt, hinzustellen. Wie jagte doch „Genosse“ Auer: Generalstreik ist Generalaufruf. Und für die Wichtigkeit dieser Worte des erfahrenen sozialdemokratischen Parteiführers bieten die Vorgänge in Frankreich einen irreführenden Beleg.

Aus Arbeitgebertreuen.

Die bösen Arbeiterorganisationen scheinen dem Vergnügen, Oberbefehlshaber über im Wagen zu liegen. Derselbe wird ja noch allen unseren Kollegen durch seine Tätigkeit in Saarabien ziemlich gut bekannt sein. Wie gerne möchte er die Arbeiterorganisationen in den Dreck werfen. Hören wir darüber die in Oberbefehlshaber erscheinende „Reinhardt-Zeitung“ Nr. 174:

„Anlässlich der am Sonntag den 19. d. Mts. im Diensthofpark in Siemianowitz stattgefundenen Prämierung der in den Reihen der vertriebenen Kömigen und Landwehrleute seit 25 Jahren beschäftigten Beamten und Arbeiter hielt Herr Hilger eine Ansprache. ... Nachdem Herr Hilger auf die Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter hingewiesen, welche einschließlich 1 600 000 Mk. zur Erfüllung gesetzlicher Vorschriften 3 250 000 Mk. betragen, sagte er u. a. lt. „Lb. Anzeiger“ folgendes:

„Es brauchen Niemand, der unser Gewissen schärfen, auch nicht die sogenannten Arbeiterorganisationen. Die Sie sich bisher von diesen ferngehalten haben, so tun Sie es auch jetzt, und Sie werden sich und uns Arger und Unannehmlichkeiten ersparen. Ich habe nie ein Hehl davon gemacht, daß ein Feind der sog. Arbeiterorganisationen bin, welche mehr Schaden als Nutzen bringen und sich selbst zum Schaden für beide Teile zwischen Arbeiter und Unternehmer bringen. Arbeiter und Unternehmer sind aber keine geborenen Feinde, sondern Bundesgenossen, deren gemeinsames Ziel die Förderung der Werte ist, an denen sie tätig sind, dazu braucht man aber keine Organisationen.“ Dann richtete Redner an die Arbeiter die erste Mahnung zu hören, da man noch nicht weiß, wie lange die bösen Dinge geduldet werden können. Arbeiter, die immer, sich zufrieden und solche Feinde der Sozialdemokratie nicht brauchen. Ferner warnt Redner vor übermäßigem Aufwand, der besonders hier in Oberbefehlshaber von Schwaben und Arger hervorrief. „Folgen Sie sich nach Ihren Interessen und nicht nach dem Aufwande Ihres Reiches, denn werden Sie auskommen mit dem, was Sie verdienen.“

Man sollte es nicht für möglich halten, daß jemand so sehr die Bedeutung der Arbeiterorganisationen in ihrem Werte und in ihrer Berechtigung verkennt kann. — Die Arbeiter wären unter solchen Herren, die da als Feinde fleißiger Organisationen selber wissen, was sie zu tun haben, verraten und verlaunt! — Den sozialen Augen der Arbeiterorganisationen leugnen und verlernen wollen, heißt einfach in den letzten Jahren den sozialen Schlaf geschlossen haben!

Allgemeines aus der Gewerkschaftsbewegung.

Eine Massenauflösung ist insofern eines Streiks der Mieter auf der Berliner Volkshaus

zu erwarten. Die Mieter forderten berechtigterweise eine Regelung des Ueberstandes bezw. der Nachtschichten. Als keine Einigung zustande kam, erfolgte eine Ausperrung von rund 7500 Arbeitern. Nun ist eine Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen herbeigeführt worden, die jedoch von den streikenden Mietern verworfen wurde. Trotzdem die Organisationen (sozial.) die weitere Verantwortung und Unterstützung ablehnen und die übrige in Mitleidenschaft gezogene Arbeiterpartei die Streikenden um Wiederaufnahme der Arbeit bat, beharren letztere auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Auch eine Frucht sozialdemokratischer Erziehung. Nunmehr machen die Unternehmerorganisationen ihre Androhung wahr, wonach am 12. August 60 pCt. der Belegschaft sämtlicher Stettiner Eisenwerke und Schiffswerften ausgesperrt werden sollen. Es würden nach oberflächlicher Schätzung zu den 7500 Ausgesperrten noch 42—45 000 hinzukommen.

Mahregel der Firma Kaisers Kaffeegeschäft, Abteilung Schokoladenfabrik, in Biersen (Nied.) gegen die Gewerkschaften.

Massenliquidationen der Arbeiter sind bei der zur Zeit herrschenden rückläufigen Konjunktur keine Seltenheiten, jedoch ist dabei bemerkenswert, daß vielfach gerade diejenigen Arbeiter die Liquidationen erhalten, die in ihrer Organisation in den vordersten Reihen stehen. Auch die bekannte Firma Kaiser in Biersen, die ja in allen Städten und Städtchen Deutschlands Filialen besitzt, hat am Sonnabend, den 1. August mit einem Schläge 35 Arbeiter und Arbeiterinnen der Schokoladenabteilung die Liquidation aufstellen lassen. Darunter befinden sich aber eigentümlicherweise fast sämtliche Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute der Organisationen. Die Belegschaft gehört zu 1/2 dem christlichen und zu 1/2 dem sozialdemokratischen Verbände an, während der übrige keine Teil bisher unorganisiert war. Die Organisationsleiter erhielten, als sie daraufhin vorstellig wurden, den Bescheid, daß die Liquidationen des schließlichen Geschäftsganges wegen erfolgen müßten. Dabei werden aber fast täglich neue Arbeiter eingestellt. Das beweist schon, daß das Ganze ein Anschlag auf das Konstitutionsrecht der Arbeiter ist, welche Ansicht bei den Arbeitern noch dadurch verstärkt wurde, daß der Herr Direktor den Organisationsleitern erklärte, er benutze die Gelegenheit, um diejenigen zu entlassen, „die ihm nicht passen!“ Eine äußerst stark beladene Belegschaftsversammlung, welche am Mittwoch, den 5. August tagte, erklärte sich mit den Bekündigten vollkommen solidarisch und erklärte sich bereit, das Opfer von regelmäßigen Feiertagsarbeiten solange erbringen zu wollen, als dies notwendig ist. Eine große Anzahl Eintritte in die Organisation war der Erfolg des Vorgehens der Firma. Die Haltung der Arbeiterpartei ist musterhaft und vertrauen die meisten, daß die Firma einsichtig genug ist, um den Konflikt in Güte beizulegen. Eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Die heutige Betriebsversammlung der Firma Kaisers Kaffeegeschäft, Abteilung Schokoladenfabrik, nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Kündigung einer größeren Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen seitens der Firma. Wenn die Versammlung auch anerkennt, daß durch die augenblicklich schlechte Geschäftskonjunktur eine Einschränkung des Betriebes notwendig wurde, so kann sie es doch nicht begreifen, daß die Kosten dieser Einschränkung zum größten Teil gerade die Vertrauensleute der Organisation tragen sollen. Die Tatsache nämlich, daß hauptsächlich es Vertrauensleute der Organisationen sind, die von der Kündigung betroffen wurden, empfindet die gesamte Arbeiterpartei als einen Versuch der Firma, das Konstitutionsrecht der Arbeiter zu machen und sie erklärt sich darum mit den Bekündigten vollkommen solidarisch. Die Versammlung hofft vertrauensvoll, daß es den Organisationsleitern im Verein mit dem Arbeiterausschuß gelingen möge, eine Einigung auf gutlichem Wege zwischen der Firma und der Arbeiterpartei zu erzielen.

Die Versammlung erklärt gleichzeitig, daß sie, um der Firma die Weiterbeschäftigung der Bekündigten zu ermöglichen, bereit und, eventuell das Opfer von regelmäßigen Feiertagsarbeiten erbringen zu wollen und zwar so lange, bis die Konjunktur die Beschäftigung der vollen Arbeiterzahl wieder möglich macht.

Allgemeine Rundschau.

Soziale Wahlen.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Mörs siegten die christl. Gewerkschaften mit den konfessionellen Arbeitervereinen mit 195 Stimmen. Die Liste der „freien“ Gewerkschaften erhielt nur 40 Stimmen. Da hier nach der Majoritätswahl gewählt wurde, so erhalten alle vier Beisitzer die christlichen Gewerkschaften mit den genannten Vereinen. Die Christl. Damer hatten es vorgezogen, sich nicht an der Wahl zu beteiligen. Die Wahlbeteiligung war eine ziemlich rege. Von den 385 eingetragenen Wahlberechtigten übten 335 ihr Stimmrecht aus. Dies beweist ebenso wie in der kurz vorhergegangenen Wahl in Homberg, wo die christlich-nationalen Arbeiter einen schönen Sieg errangen, daß der Boden am linken Niederrhein den christlichen Gewerkschaften gehört. Darum auf zur neuen Arbeit, zur Stärkung der christlichen Gewerkschaften.

Allgemeines.

Der Formalismus im Arbeiterversicherungsrecht. Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht das Vorstandsmagazin der Landesversicherungsanstalt Oldenburg, Herr Professor Seelmann, einen kleinen Aufsatz in der „Soz. Praxis“. Bekanntlich werden in den nächsten Monaten im Reichsausschuß des Innern die Entwurfs der neuen Arbeiterversicherungs-gesetze fertiggestellt werden. Als erste Forderung stellt nun Herr Professor Seelmann auf: „Das Recht muß so gestaltet werden, daß der Beschäftigte es verstehen kann.“

Das ist doch selbstverständlich, wird der Nichtfachmann einwenden. Diejenige zur Befreiung werden zwei Erörterungen aus dem praktischen Leben angeführt, die nachweisen, wie auch auf diesem Gebiete unter dem Jutik des heiligen Bureaucratismus Wohlstand zur Fluge werden kann. Zum Schluß gibt der Verfasser die beherrschendste Mahnung: „Das Arbeiterversicherungsrecht muß klar und deutlich sein und so gestaltet werden, daß nicht wegen geringfügiger Bescheiden Ansprüche verloren gehen. Und diese Arbeit muß von derjenigen Stelle geleistet werden, die den Gesamtzustand jenseitig stellt. Mit einer Falsifikation des Gewarfs ist es nicht getan, denn wer hätte neben seiner Berufstätigkeit Zeit, sich so eingehend mit allen Einzelheiten zu beschäftigen.“

jumal wenn die Publikation des Entwurfs, wie es den Anschein hat, erst in letzter Stunde erfolgt! Auch im Reichstage ist kaum der Ort, nach dieser Richtung hin alle Fäden und Klippen zu beseitigen. Daß die bisherigen Gesetze derartige Bestimmungen enthalten, ist bei der Neuheit des Stoffes verständlich. Bei einer Neuabfertigung der Gesetze müssen aber alle diese Mängel, die sich in der Praxis gezeigt haben, beseitigt werden.“ Eine Forderung, die die Arbeiter schon wiederholt erhoben haben.

Wie große Krankenkassen tätig sein können.

Die Ortskrankenkasse Wilmersdorf macht einen beachtenswerten Vorschlag auf sozialhygienischem Gebiete. In ihrem diesjährigen Geschäftsbericht regt sie den Zusammenschluß der Vorortkrankenkassen zur Bildung eines gemeinsamen Genesungshomes an, in dem die in der Wiederherstellung begriffenen Kranken Unterkunft erhalten; denn die beste Medizin bleibt unter gewissen Voraussetzungen frische Luft und gute Pflege. Die Patienten reisen nun häufig zu Verwandten oder Bekannten aufs Land, wo sie wohl genügend frische Luft vorfinden dürften, indessen mit der guten Pflege und der besonders erforderlichen guten Kost wird es wohl in manchen Fällen schlecht bestellt sein. Dies haben einige größere Krankenkassen eingesehen und infolgedessen eigene Genesungshome geschaffen. Bedingung bei der Unterbringung der Kranken in solchen Heimen aber ist, daß die Patienten von jedem Anstaltszwange befreit sind, daß sie sich wie zu Hause fühlen und gute, zweckentsprechende Nahrung erhalten. Was nun aber den großen Klassen möglich ist, können leider kleinere Klassen noch lange nicht, wenn sich jedoch mehrere solche Krankenkassen zusammenschließen würden, so könnte das Gleiche wie bei den großen Klassen erreicht werden. Am besten wäre schon, wenn alle räumlich zusammenhängende Klassen aufgelöst und dafür eine große, zentralisierte Kasse geschaffen würde. Daß die heute bestehenden Tausende von kleinen keine großzügige Krankenkasse betreiben können, ist klar. Die Arbeiter müssen immer wieder die Forderung erheben: Große Zentralkassen — fort mit den Betriebs-, Innungs- und Gemeindefassen, weil sie ihre Aufgaben nicht voll und ganz erfüllen können.

Versammlungskalender.

- Köln. 23. Aug., 10 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Bonif. 56, außerordentliche Generalversammlung.
Hann. 16. August, 11 1/2 Uhr, bei Wilhelm Burchum.
Barmen. 22. Aug., 8 1/2 Uhr, bei Hilgen, Bredelstr.
Bergheim. 16. August, 11 Uhr, bei Franz Dierckx, Generalversammlung.
Borfen l. 23. 16. August, 11 Uhr, Bacherwehler, 11 1/2 Uhr Versammlung.
Vertrag. 16. Aug., 6 Uhr, bei Julius Lorley.
Döhren. 18. Aug., 7 Uhr, bei Gottsch.
Forst (Sauerf.). 22. August, 1/2 1/2 Uhr, im Lokale „Zum Prälater“.
Gronau. 18. Aug., 1/2 1/2 Uhr, bei Hartinghaus, Generalv.
Gieselerstr. 22. Aug., 9 Uhr, im kath. Vereinshaus, Generalversammlung.
Höfen. 16. August, 5 1/2 Uhr, bei Warbel zu Roehren.
Kattowitzerberg. 16. August, 11 Uhr, bei Hermann.
Leuth 6. Radenkirchen. 16. August, 11 Uhr, bei Josef Dürker, Zimmer ober.
Mörs. 16. Aug., 11 Uhr, bei Smittmann.
Niederrhein. 30. August, 1/2 10 Uhr, bei Mandelary.
Schweidnitz. 22. August, im Baldschloßchen, Generalversammlung.
Schlitz. 15. August, 9 Uhr, bei Niede.
Soran N.-L. 19. Aug., 8 1/2 Uhr, im Rest. „zum Weinberg“.
Siedelstr. 23. Aug., 5 1/2 Uhr, bei Hermann, Siedelstr.
Wegberg. 23. Aug., 10 1/2 Uhr, bei Jos. Binkens, Generalv.
Wülfrath. 23. Aug., 11 Uhr, bei Werner Leuchter, Kuchenerstr.

Hardt. Gewerkschafts-Konferenz „Einigkeit“, e. G. m. b. H. Samstag, den 22. August, abends 9 Uhr im Lokale von Geisow. Willen, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Nachberichtigung. (L. — M.) Der Ausschussrat.

Bekanntmachung.

Ortsgruppe Neustadt O.-S. Den Kollegen von Neustadt und den umliegenden Ortschaften zur Kenntnis, daß ich mein Bureau in Neustadt O.-S., Gladbachstr. 2 (Berkehrslotal der christlichen Gewerkschaften) errichtet habe und bitte ich, alle geschäftlichen Mitteilungen dahin gelangen zu lassen. Gust. Jungnickel, Geschäftsführer.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder: Ferdinand Büche in Wehr. Math. Wüste in Dülken. Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die Kruppische Pensionskasse vor Gericht. Der Prozeß gegen die Firma Krupp auf Rückzahlung der Pensionskassenbeiträge ausgedienter Arbeiter nebst den dazu erstatteten Gutachten. Zusammengefaßt und herausgegeben vom christlich-sozialen Metallarbeiterverbande. Preis der Buchhandlungs-Ausgabe 1 Mk., eine billigere, für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften berechnet, 30 Pfg. Zu beziehen vom Gesamtverband.

Es ist das unbestreitbare Verdienst des christlichen Metallarbeiterverbandes, die Frage des Pensionskassenwesens durch den bekannten Essener Prozeß zur gründlichen Besprechung aufgerollt zu haben. Durch die Herausgabe der für die Behandlung der Frage überaus wichtigen Akten des genannten Prozesses hat er der Sache einen weiteren großen Dienst erwiesen. Das Werkchen enthält das von Juristen und Sozialpolitikern viel besprochene Gutachten des Professors Hofnar-Bern, der eine anerkannte Autorität auf dem Gebiete des gewerblichen Arbeiterrechtes ist. Bisher hat es an Material auf diesem Gebiete von sachkundiger, autoritativer Seite gemangelt. Das war ein Uebel. Das Pensionskassenwesen greift durch die „gelbe“ Bewegung weiter um sich und in Regierungskreisen ist man einer gesetzlichen Regelung des Pensionskassenwesens nicht abgeneigt. Man hat, wie Staatssekretär Nierberding auf eine diesbezügliche Anregung des Kollegen Giesberts f. 3. im Reichstage zugelegt, die Notwendigkeit der Eingriffnahme dieses bisher vernachlässigten und für die Arbeiter so überaus wichtigen Gebietes eingesehen. Aber auch Nierberding empfand den Mangel an geeignetem Material. Mit der Herausgabe der Prozeßakten ist man einem Bedürfnis begegnet. Wir können die Anschaffung der sehr preiswerten Broschüre nur empfehlen.